

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

## Der Wahlaufsatz des Zentrums.

Ein umfangreiches Altkleid ist der soeben erschienene, an anderer Stelle besprochene Wahlaufsatz des Zentrums. Er scheint seiner ganzen Fassung nach von der Hand des Abg. Dr. Lieber zu stammen, denn dieselbe gepreßte Reichthümlichkeit, welche die Reden desselben charakterisiert, kehrt in dem Aufsatz wieder. Unterzeichnet ist er „Der Vorstand der Zentrumsfraktion im deutschen Reichstag“, Graf von Hopff, Graf von Preysing (Straubing), Freiherr von Buol, Dr. Brühl, Dieten, Freigen (Düsseldorf), Dr. Frey, Freiherr von Heremans von Zuydewit, Dr. Lieber, Reindl, Dr. Schäfer.“ Der Aufsatz äußert sich zunächst, wie folgt, zur Mittärlvorlage:

„Die Umwandlung des Reiches in einen Militärstaat, ein stehendes Heerlager bereits in Friedenszeiten, die dauernde Verhängung des letzten halbwegs waffenfähigen Mannes, die bleibende übermäßige Belastung des nothleidenden Nährstandes für den Wehrstand bis zur Erschöpfung vor dem Kriege: das ist's, worum der mit entfachter Kampfsucht geht. In diesem Sinne wird der Widerspruch gegen die Militärvorlage Caprioli und den von den verbündeten Regierungen angenommenen Antrag Huene im Vordergrund der jetzigen Wahlbewegung stehen, das Feldzeichen des Zentrums in der Wahlkämpfe sein. So nach wie vor sind wir bereit, für Meer und Flotte Alles, was zur Wehrfähigkeit des Reiches erforderlich ist, zu bewilligen. Allein wir fordern auch die volle freie Mitbestimmung der Volksvertretung darüber, was zu dem Zweck in Wahrheit nötig ist, wie die Verfassung sie gewährt. So nach wie vor halten wir ein starkes, schlagfertiges Landheer und eine ausreichende Seemacht in der gegenwärtigen Zeit und angesichts der Lage Deutschlands in Europa für unentbehrlich. Allein wir können unser Auge nicht von der gleichzeitigen Nothwendigkeit verschließen, die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches, der Einzelstaaten und des Volkes, die sich zur Zeit in einem durchaus unbefriedigenden Zustande befinden, dabei aufs sorgfältigste zu schonen und zu pflegen. So nach wie vor achten wir die Bestimmung der Verfassung heilig, daß jeder Deutsche wehrpflichtig. Allein nicht minder unbeugsam bekennen wir uns zu den, unter Zustimmung der verbündeten Regierungen von nahezu dem ganzen Reichstag erst vor drei Jahren angenommenen Resolutionen Windthorst, nach deren erster die wirkliche Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst dem deutschen Reich und Volke geradezu unerschwingliche Lasten auferlegen würde. So nach wie vor erachten wir die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit bei den gesammelten Fußtruppen für wünschenswerth und durchführbar und werden gern bewilligen, wie wir dies auch jetzt gethan, was dazu innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräparanden an Erhöhung des Rekrutenkontingents, an Durchschneidung und vermehrtem Ausbildungspersonalen nötig ist. Allein wir halten jetzt daran, daß — insbesondere nach der durch uns erzwungenen Dispositionenänderung — Vernehmung von 1890 — die zweijährige Dienstzeit für Ausgleichsmassnahmen zu teuer ist, die eine Erhöhung des Personalbedarfs um 60 000 Mann, des dauernden Geldeaufwands um jährlich 40, des einmaligen um 32 Millionen Mark bedeuten, und mit denen weitere Forderungen an Geld und Mannschaften in Höhe von jährlich 20 und einmalig 35 Millionen Mark und 23 000 Mann verknüpft werden. Am allerwenigsten konnten und können wir dem Ausgangspunkt und Ziel der jüngsten Vorlage der verbündeten Regierungen und der von diesen ausgesprochenen Abänderungsanträge zustimmen, dem Grundsatze der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn auch bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen. Hier scheiden und hier scheiden sich die Wege. Wir müßten Vor schläge der Zustimmung versagen, welche die mit der schließlichen Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht verknüpfte, auf die Dauer unerträgliche Belastung des Volkes nothwendig zur Folge hatten und auf die obwaltenden hochbedenklichen wirtschaftlichen und Sozialzustände unseres Landes keine Rücksicht nahmen. Wir müßten dies bei voller, ernstester Würdigung der politischen Lage und der Verantwortung, die uns dieselbe auferlegt. Wir thäten es aus eigener besserer Überzeugung, fühlten und müßten uns jedoch bei solcher Haltung eins mit dem Volke, das uns nach Berlin entsendet, und trennen den Ueberlieferungen unserer Vergangenheit und den Verheißungen unseres Parteiprogramms wie aller unserer früheren Ansprachen an unsere Wähler. Wir werden den darin beschlossenen Grundsätzen auch ferner treu bleiben; wir wollen die Resolutionen Windthorst, welche diejenigen des aufgelösten Reichstags sind, als Richtschnur aller künftigen Behandlung von Wehrfragen in den neuen Reichstag hinüber tragen und wiederholen in diesem Sinne, was unser Wahlaufsatz von 1884 ausgesprochen: „Wir wollen des Vaterlandes volle Wehrkraft, aber auch die Steuerkraft des Volkes und das Budgetrecht des Reichstags nicht geschädigt sehen und können für jene erste nur bewilligen, was mit den beiden letzten sich vereinigen läßt.“

Die übrigen zwei Drittel des Aufsatzes beschäftigen sich mit allen möglichen Fragen. Wir geben aus diesem Theil folgende Sätze: Ohne gewissenshafte Achtung der Verfassung sind alle anderen Erwägungen auf die Dauer wertlos. Demgemäß halten wir insbesondere unverbrüchlich fest an der Reinhaltung, Behauptung und vollen Auswirkung des geschichtlichen und verfassungsmäßigen Grundcharakters des deutschen Reichs als eines Bundesstaates und an den von unseren verdienten Vorläufern mühsam errungenen Gerechtigkeiten des deutschen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts und werden für den wirksamsten Schutz des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit die Debatte treffen, welche feierliche Erfahrungen nothwendig und unausweichlich machen.

Ohne Gewissensfreiheit keine bürgerliche, keine gesellschaftliche, keine wahre Freiheit! Der sogenannte „Kulturkampf“ ist auch heute noch nicht beendet. Seine Verjüngung um „Hilfen der Rede“ vom Uebernehmen der Freundschaft wurde das Volksteilnehmend, als seine Wiederaufnahme in voller Verantwortlichkeit, verurteilt. Diese Wunde, die allerschmerzhafteste, an welche Deutschland blutet, bald und ganz zu schließen, die volle Freiheit des Gewissens und der Religion, Selbstständigkeit und freieste Bewegung, vertrauensvolle Achtung für die Kirche, die volle Gleichberechtigung der anerkannten christlichen Bekenntnisse und ihrer Anhänger auf jeglichem Gebiet des öffentlichen Lebens endlich herbeizuführen, wird unser wichtigstes und patriotischstes Ziel sein. Vor Allem muß das Ausnahmefähige wider den Jesuiten und mit ihm angeblich verwandten Orden aufgehoben werden. Wir werden diesen Antrag, auf dessen Verabschiedung wir zur Zeit des jetzigen Schulgesetzentwurfs verzichtet hatten, und welcher jetzt durch die Reichstagsauflösung von der Verhandlung ausgeschlossen worden ist, alsbald von Neuem einbringen und seiner politischen Lage zu Lieb' mehr außer Verhandlung setzen. . .

Bereits vor fünfzehn Jahren haben wir auf die entscheidende Bedeutung hingewiesen, welche die Erhaltung und Wiederbelebung religiöser, vor Allem gläubig-christlicher Gesinnung für die Bekämpfung der Wahlenlehren des Liberalismus und des Sozialismus hat und welche zehn Jahre nachher das obige Kaiserwort hervorhob. In dieser Bekämpfung wird das Zentrum jederzeit den Reigen führen. Dies ist von allen Seiten, erst jüngst wieder sogar in heftigster Befehdung von dem Reichsstaatskanzler, und nicht minder vom Liberalismus und vom Sozialismus selber, anerkannt und wird, je dringender und größer die Gefahr, um so bedeutsamer hervortreten. Mehr als zuvor gilt es im gegenwärtigen Wahlkampf, das unversöhnliche Gegenüber sich bewußt zu bleiben, der eine Partei, die in dem positiven Christenthum wurzelt, von dem gewaltig auftretenden Sozialismus trennt. Nicht Umsturz der bestehenden Ordnung kann die Heilung des kranken Erwerbs- und Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens bringen, sondern allein die Wiederherstellung des Christenthums als Grundlage unseres gesammten, des öffentlichen wie des privaten Lebens, unserer Gesetzgebung und Verwaltung, das unbarmherzige positive Vorgehen gegen die unchristliche liberale Gesetzgebung, wie wir dies jederzeit gefordert, unermüdet angeregt, hingehend unterstützen haben.

In dem Bewußtsein der verfassungsmäßigen Pflicht jedes einzelnen Abgeordneten, „Vertreter des gesammten Volks“ zu sein, werden wir jede Sonderinteressenvertretung, sie möge heißen wie sie wolle, nachdrücklich bekämpfen. Aber wir werden bei der unerbittlichsten Fürsorge für jedes Einzelinteresse in gleich ausbreitender Gerechtigkeit und thatkräftiger Hingebung an die Gesamtheit die widersprechenden Interessen billig gegen einander abwägen und zu des Ganzen wie der Theile Wohlfahrt mit einander zu versöhnen suchen. Unsere Zusammenfassung aus allen deutschen Gauen und allen Berufsarten der vaterländischen Gesellschaft weist uns darauf ganz besonders hin und befähigt uns dazu besonders; und unser Grundgesetz, daß die idealen Interessen der Reichsgemeinschaft allen materiellen Interessen der Angehörigen des Reiches vorgehen und immer vorgehen müssen, wird uns dabei vor Irrungen und Unrechten warnen.

Den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien haben wir zugestimmt. In dem erhebenden Bewußtsein, daß der „neue Kurs“ zu dieser seiner besten vaterländischen That ohne die Mitwirkung des Zentrums nie im Stand gewesen wäre, lassen die neuesten Anklagen von dieser Seite auf Mangel aufrichtiger opferfreudiger Liebe zu Vaterland und Reich uns doppelt faß. Bei künftigen Handelsvertragsvorlagen sollen die Interessen deutscher Landwirtschaft und deutschen Groß- und Kleinverwerbs vorwiegend für uns maßgebend und unserer genauesten Prüfung und sorgfältigsten Abwägung doppelt verpfichtet sein.

Die Debatte des so für darniederliegenden gemeinen Wohlstandes ist unausweichlich. Gemeinnützige Ausgaben sollen in größerem Umfang, als seither, gemacht, im Uebrigen soll weise Sparjamkeit geübt werden. Vor Allem thut eine entschlossene Reform der Reichsfinanz- und Steuerwirtschaft noth. Dem unausweichlichen Anwachsen der öffentlichen Schuld- und Zinslast muß Einhalt und für vernünftige Tilgung dieser Last muß ehestmöglich Vorkehrung getroffen. Verbrauchssteuern mit dem Charakter von Luxussteuern an Stelle mancher jetzigen indirekten Abgaben werden ein sehr dienliches Mittel hierzu sein. Dagegen werden wir den Monopolen mit ihrem für die wirtschaftlichen Interessen wie die politischen Rechte gleich bedrohlichen Charakter wie früher, so auch jetzt entgegen sein.

## Deutschland.

Berlin, 24. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist ermächtigt, die nachfolgenden Telegramme zu veröffentlichen:

Erfingen, den 22. Mai 1893.  
 An Se. Majestät den deutschen Kaiser,  
 Neues Palais.

Euer kaiserlichen und königlichen Majestät, dem obersten Kriegsherrn des deutschen Reiches, hüben die in Erfingen zu ihrem Vornachmittag versammelten achtzehn Kameraden des württembergischen Kriegesbundes mit ehrfurchtsvollem Gruß und dem Ausdruck treuester Hingebung für Kaiser und Reich, für König und Vaterland.  
 Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar.

Antwort eodem.

Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar.  
 Hoherrent durch den Indulgengzug vom heutigen Tage spreche Ich dem württembergischen Kriegesbunde für den Ausdruck der Treue und Hingebung für Kaiser und Reich Meinen herzlichsten Dank aus.

— Der Vorstand des deutschen Bauernbundes erläßt jetzt auch einen Aufruf. Die Bauern werden darin aufgefordert, für die Kandidaten des Bundes der Landwirthe zu stimmen. Der Uebertritt des Bauernbundes in den Bund der Landwirthe sei so gut wie eine vollendete Thatfache.

— Die zwischen der deutschen Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika und dem Kharas-Rhoma-Syndikat geschlossenen Unterhandlungen, die von dem Syndikat eingeleitet worden waren, um von der Gesellschaft für den Bau einer Eisenbahn von Lüderichs über das, Kharas und Bethanien nach dem Gebiet der Felschubträger und Vardelswaarts, in denen das Syndikat Minenrechte eingeborener Häuptlinge besitzt, die Abtretung des erforderlichen Geländes und die Einräumung ausschließlicher Jagdgerechtigkeiten in Lüderichs zu erlangen, haben vorläufig einen Abschlus dahin gefunden, daß dem Kharas-Rhoma-

Syndikat auf 5 Jahre die Erlaubnis erteilt wurde, in dem in Frage kommenden Gebiet der Gesellschaft die erforderlichen Untersuchungen anstellen zu lassen. Bei den außerordentlich großen Schwierigkeiten, die der Bau einer Bahnlinie in dem hinter Lüderichs auf etwa 50 Kilometer Breite lagernden Dünengürtel bereiten muß, erschieben es angezeigt, für die Bodenuntersuchungen eine fünfjährige Frist in Aussicht zu nehmen, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, den etwaigen späteren Ausbau der Bahnlinie an ungenügenden Vorbereitungen scheitern zu sehen.

— Wie bekannt, werden durch ein am 1. (13.) Juni in Rußland in Kraft tretendes Abgesetz Rubelnoten sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr den zollpflichtigen Gegenständen beigegeben. Da Artikel 16 des Weltpostvertrages die Einlegung zollpflichtiger Gegenstände in gewöhnliche oder eingeschriebene Briefpostsendungen verbietet, so dürfen von dem genannten Zeitpunkt an Rubelnoten in gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefpostsendungen nach oder aus Rußland nicht mehr versendet werden. In den Fällen, wo in derartigen Sendungen bei der Ankunft oder beim Abgang das Vorhandensein russischer Kreditbilletts festgestellt wird, werden die russischen Behörden 25 Prozent von der vorgefundenen Summe als Strafe einbehalten. Auf die Verwendungen von Rubelnoten in Briefen mit Werthangabe bezieht sich die Bestimmung des Weltpostvertrages nicht. Es können also in solchen Briefen auch fernerhin Rubelnoten zur Verwendung gelangen.

— Die Reform des höheren Schulwesens in Preußen, das Ergebnis der Thätigkeit der sogenannten Siebenerkommmission, ist in das Werk gesetzt worden. Allein die Sache hat in der praktischen Ausführung große Schwierigkeiten gemacht und die Durchführbarkeit ist in manchen grundsätzlichen Fragen denn doch fraglich erschienen. Man ist schon jetzt zu der Einsicht gelangt, daß man vielfach nicht ohne Anlehnung an die bisherige Methode vorwärts kommen kann. Ueberwiegende Erfahrungen hat man mit der neuen Prüfung zur Erwerbung des Berechtigungsdiploms für den Einjährig-Freiwilligen Dienst vor der Verlegung nach Berlin gefunden. Der Prozentsatz der Durchgefallenen überstieg alle Erwartungen und führte zur Entsehung einer Abordnung von Schulmännern an den Kultusminister, der indessen jetzt anheimgab, eine milde Handhabung der Vorschriften walten zu lassen.

— Der ostafrikanische Spezialberichterstatter des „B. L.“, Herr Eugen Wolf, demotirt in einem aus Kampala in Uganda, den 10. Februar Abends, datierten Brief alle Redungen über den Tod Emin Paschas. Herr Eugen Wolf schreibt wörtlich:

„Soeben kommt Selim Bey zu mir und theilt mir mit, daß er einen Brief von Reshan Aga, Befehlshaber des Forts am Albert-Nyanza, erhalten habe. Der Dampfer Wajamboni sei zu Reshan Aga gekommen und habe letzterem mitgeteilt, daß letzterer Nachricht über die Ermordung Emin's vorliege; daß derselbe jedenfalls am 31. Juni, wo er ermordet worden sein sollte, nicht ermordet worden sei, sondern daß Emin in der Richtung nach dem Kongo abmarschirt sei, vermutlich nach den Stanleyfällen. Ich theile Ihnen dies noch in aller Eile mit, lasse aber von Sankibar aus Nichts darüber an Sie telegraphiren, da ja Emin möglicherweise im Stande war, aus Kongo Nachricht nach Europa gelangen zu lassen oder aber, was zu hoffen ist, die Stanleyfälle bereits wohlbehalten erreicht hat.“

Es ist durch diese Theilnahme Eugen Wolfs wenigstens das Eine festgestellt, daß die von Uganda aus durch Araber und Engländer angestellten Versuche, Gewisheit über die durch Araber vom Kongo zum Kongo nach der Küste gebrachten Gerüchte über Emin's Ermordung durch Araber zu erlangen, vorläufig ein negatives Resultat ergeben haben. Hoffen wir, daß diese Versuche sich bestätigen, und daß wir eventuell von Emin selbst bald wieder ein Lebenszeichen erhalten werden.

Kauba, 23. Mai. Fremde Erregung rief auf der hier tagenden von 600 Lehrern besuchten schließlichen Provinzial-Versammlung eine vom Hofbuchhändler Ferdinand Hirt in Leipzig eintreffende Mittheilung hervor, daß derselbe für das von der deutschen Lehrerschaft zu errichtende Lehrerein in Schreiberbau einen Beitrag von zehntausend Mark zur Verfügung stellt. Die Versammlung hat dem hochherzigen Spender in einem Telegramm ihren Dank für die Gabe ausgedrückt.

Leipzig, 23. Mai. Allgemeine deutsche Lehrerverammlung. Im Fortzuge der heutigen Sitzung sprach Schuldirektor Daniels-Gera über die Beaufichtigung der Volksschule durch Fachmänner. Alle sämtliche Vorträge knüpften sich Debatten. An den König Albert wurde ein Jubiläumstelegramm gelangt; im Laufe des Nachmittags trat eine Erwiderung des Königs ein. — Bei dem heutigen Festmahl brachte Reichsschuldirektor Debe-Bremen ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf den Kaiser Wilhelm und den König Albert aus. — Die Gesamtsitzung der Lehrerverammlung hier amnestigen den hiesigen Lehrer beträgt 4700.

München, 23. Mai. Das „Ministerialblatt“ macht bekannt, der General der Infanterie von Dries, Chef des Ingenieur-Korps und Inspektor der Festungen, ist unter Verleihung des Großkreuzes des Verdienstordens vom hl. Michael zur Disposition gestellt und zum Nachfolger desselben sein Sectionschef Generalleutnant von Popp ernannt worden.

München, 23. Mai. Dem „Neuesten Nachrichten“ zufolge reichte der Chef des Generalstabs, Generalleutnant von Staudt, sein Abschiedsgesuch ein.

Stuttgart, 23. Mai. Die Kaiserparade der württembergischen Truppen findet am 12. September auf dem Rannstatter Gezerplatz statt.

## Oesterreich-Ungarn.

Prag, 22. Mai. In den Beratungen des Statthalters Grafen Thun mit dem Grafen Taaffe werden voraussichtlich die weiteren, bezüglich der Entwicklung der Dinge zu fallenden Beschlüsse vorbereitet werden. Schon hieraus ersieht man, daß das Gerücht von dem Rücktritte des Grafen Thun ein grundloses war. Vielmehr dürfte ihm die Aufgabe zufallen, die Beschlüsse der Regierung durchzuführen. Auch das Gerücht, daß die Auflösung des Landtags beabsichtigt sei, bestätigt sich nicht. Nichtsdestoweniger liegt es nach allem, was man hört, nicht in der Absicht der Regierung, jetzt, nachdem die Junggeheime eine

Berathung über die Abgrenzung der Gerichtsbezirke und Errichtung neuer Kreisgerichte verhindert haben, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Vielmehr steht zu erwarten, daß bezüglich dieser Angelegenheiten nun im Berordnungswege vorgegangen wird. Es wird dies schon deshalb nothwendig sein, damit die Autorität der Regierung gewahrt werde, denn diese würde schwer geschädigt, wenn es den Junggeheimen wirklich gelungen sein sollte, mit Hilfe der Bergevaltigung des Landtags, auch ihre Ziele bezüglich der Gerichtsbezirksfrage zu erreichen.

Karlsbad, 23. Mai. Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, die sich seit dem vergangenjährigen Kungebrauch in Karlsbad des besten Wohlbefindens erfreut, wird im Laufe dieses Sommers keinen Kurort besuchen, doch ist für den Herbst ein neuerlicher Aufenthalt in Karlsbad nicht unwahrscheinlich. Der jüngst verstorbene, regierende Fürst von Schaumburg-Lippe war ein langjähriger Stammgast Karlsbads. Seit zwei Jahrzehnten traf er alljährlich Ende Juni mit seiner Gemahlin ein und feierte hier stets sein Geburtsfest, zu welchem auch die heimische Bevölkerung sich gratulirend einstellte, denn der Fürst erwarb sich durch sein anspruchsloses, lebenswürdiges Wesen, sowie durch seine vornehme Freigebigkeit die warmsten Sympathien. Fürst und Fürstin sah man stets zusammen, sei es auf den Promenaden, bei Spazierfahrten oder im Theater, welches sie regelmäßig besuchten. Ein solennier Trauergottesdienst fand hier für den Verstorbenen statt.

Teplitz, 23. Mai. Bei dem gestrigen Kommerse des deutschen Schulvereins sprach der Abgeordnete Weniger die politische Lage der Deutschen Oesterreichs. Er sagte: Wir hoffen, daß der Dreibund, den die erlauchten Herrscher Mitteleuropas geschlossen, uns erhalten bleibt. Uns wird für dessen Erhaltung kein Opfer zu groß sein. Die Rede schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk, worauf die Versammlung begeistert „Die Wacht am Rhein“ anstimmte. Dr. Junke, gewesener Berichterstatter über die Trauener Affäre im böhmischen Landtage, bestieg nun die Tribüne, von einem minutenlangen Weisheitswort bestrahlt. Er sagte, er betrachte diese Begrüßung als Antwort auf die junggeheimliche Brutalität im Landtage. Geheimrath Böck (Berlin) dankte für den Empfang und die echt deutschen Worte. Redner wünschte, die 30 000 Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schulvereins könnten hier sein, um zu sehen, daß die deutsche Kultur keine Grenzen kenne. (Stürmischer Beifall.) Böck schloß mit einem Hoch auf das wacker deutsche Volk in Böhmen.

## Niederlande.

Amsterdam, 23. Mai. Die hiesige Zeitung „Amsterdamer“ hat in der letzten Zeit ungünstige Nachrichten über das Befinden Ihrer Maj. der Königin Wilhelmine der Niederlande gemeldet und damit die Thatfache in Zusammenhang gebracht, daß die Königin Emma, welche mit der jungen Königin bekanntlich im schweizerischen Lustort Flims im Kanton Graubünden weilte, nicht zum Begräbnis ihres Vaters nach Arolsen abreiste. Das dem Hofe nahestehende „Dagblad“ demotirt diese Alarman Nachrichten des liberalen Amsterdamer Blattes und versichert im Gegentheil, daß die junge Königin sich wohl befindet und täglich in Begleitung ihrer Mutter Spaziergänge in der Umgebung von Flims unternimmt. Die Rückkunft der beiden Königinnen erfolgt erst Ende Juni und werden sich Ihre Majestäten zunächst nach Arolsen begeben.

Im Haag hat sich ein Ausschuss von Bürgern gebildet, um weiland Sr. Maj. dem König Wilhelm III. ein Denkmal in der holländischen Residenzstadt zu setzen. Bei der großen Popularität, deren sich der letzte münchliche Spross des glorreichen Hauses Oranien in allen Volkschichten erfreute, wird die nötige Summe bald aufgebracht sein, und hoffentlich wird sich das Denkmal des verstorbenen Landesfürsten bald an der Seite seiner erlauchten Vorgänger erheben.

## Belgien.

Brüssel, 23. Mai. Der Professor an der hiesigen Universität Hector Denis und der Delegirte der belgischen Grubenarbeiter, Garrot, begaben sich zu dem Justizminister, um die Zurücknahme des Ausweisungsbefehles der französischen Deputirten Vashy und Kamendin zu erwirken. Der Justizminister beschloß den Ausweisungsbefehl aufrecht zu erhalten. Vashy und Kamendin werden Abends Brüssel verlassen.

Brüssel, 23. Mai. Grubenarbeiter-Kongress. Da die französischen Delegirten die Absicht kundgegeben hatten, wegen der Ausweisung Vashy's und Kamendin's gleichfalls Brüssel zu verlassen, nahm der Kongress eine Tagesordnung an, worin der Wunsch nach dem Verbleiben der französischen Delegirten ausgesprochen wird. Die Redner erklärten darauf, an den weiteren Beratungen theilnehmen zu wollen.

## Frankreich.

Das Pariser Schwurgericht vernichtete Arton in contumaciam wegen der zum Schaden der Dynamitgesellschaft begangenen Veruntreuung zu 20jähriger Zuchthausstrafe und wegen des an Senlery begangenen Bestechungsverzuges zum Verluste der bürgerlichen Rechte auf 5 Jahre sowie zu 400 000 Franks Geldbuße.

Paris, 20. Mai. Vor einigen Monaten entleibte sich in Paris ein polnischer Nihilist Namens Kiborski, weil er, so hieß es, einem russischen Geheimpolitisten begegnet war, der ihn in Sibirien geknallt hatte und von dem er befürchtete, er würde ihn benutzieren und seine Auslieferung veranlassen. Unter den Papierscheften Kiborskis befanden sich zwei Bündel Briefe mit der Aufschrift: „Verbrennen.“ Sie wurden nicht verbrannt, sondern einem Friedensrichter zur Aufbewahrung anvertraut. Die Briefe sollen Aufschlüsse über Verschwörungen enthalten, durch die mehrere in Rußland lebende Personen bloßgestellt werden könnten. Davon benachrichtigt, ließ die russische Regierung durch den Generalkonsul in Paris, Gikst auf ein Ueberkommen von 1862, das auf die Hinterlassenschaft der beiderseitigen Landesangehörigen Bezug hat, die Herausgabe der Papiere verlangen, auf welche die Großmutter des Verstorbenen ihrerseits als einzige rechtmäßige Erbin Ansprüche erhebt. In Folge dessen wurde ein vorläufiger Sequester bestellt, und nun ist die Angelegenheit auf Vernehmung des Generalkonsuls, zu dessen Gunsten das Gutachten der Generaladvokaten Puch lautet, vor dem

Appellhofe anhängig. Der Handel ist interessant genug, um die Preise zu beschäftigen und einen lebhaften Meinungsanstausch hervorzuwirken. Im Allgemeinen herrscht die Ansicht vor, Frankreich dürfe der russischen Freundschaft zu Liebe kein Unrecht begehen, und ein solches wäre es, wenn in diesem Falle, wo die natürliche Erbfolge sich ihren Forderungen eingefügt hat, deren Rechte gekürzt und die Papiere der russischen Regierung ausgeliefert würden.

Seit vorgestern Abend weiß Charles von Vessely nicht mehr in der Konziergerie, sondern im Hospital Saint-Louis, wo ihm im Pavillon Gabriel, der Abheilung der behandelnden Kranken, ein Zimmer eingeräumt wurde. Der Aussicht ist er nicht entzogen, aber die Wärter richten sich so ein, daß er sie kaum spürt, und im Uebrigen darf er im Garten der städtischen Anstalt sich frei bewegen und Besuche empfangen, nur keine Journalisten. Wie man hört, hat sein Wagenleib sich bis zur gänzlichsten Appetitlosigkeit gesteigert; er konnte seit mehreren Wochen nur noch Milch und geröstetes Brod zu sich nehmen. Eine ärztliche Kommission, die von der Gefängnisverwaltung bestellt wurde, verschieb ihm frische Luft und eine Kaltwasserkur, und, da weder die eine noch die andere in der Konziergerie erhältlich waren, wurde der Gefangene nach dem Hospital übergeführt. Man glaubt, allen gegenwärtigen Berichterungen zum Trost, damit werde die Freilassung v. Vessely eingeleitet. Am 8. Juni wird der Kassationshof sich mit den Verurtheilungen von Vessely, Cottu, Fontane und Giffel zu beschäftigen haben, und er soll, wie es heißt, geneigt sein, darauf einzugehen. In diesem Falle dürfte Vessely, der am 2. Juni die Hälfte der von dem Pariser Schwurgericht über ihn verhängten Gefängnisstrafe von einem Jahr abgeleistet haben wird, seine vorläufige Freilassung verlangen.

Paris, 23. Mai. Der nun doch gestern erfolgte Empfang des Generals Dods, der bekanntlich bei diesem Anlasse, was sehr bemerkt worden ist, das Zivilkleid trug, durch den Präsidenten Carnot hat diejenigen Eintritte nicht zu verwehren vermocht, welche der Anstich dieses Empfanges und die Art und Weise, wie man den Kungeheungen für den General zu begegnen suchte, hervorgerufen haben. Man suchte anfangs den Nichtempfang dadurch zu erklären, daß der General die Gala-Uniform nicht zur Hand hatte, während doch alle Welt wußte, daß die Generale auch in Zivilkleidern von Herrn Carnot empfangen werden. Auch über die Ausfuhr, daß Herr Carnot unzufrieden sei, hatte man sich lustig gemacht, denn man wußte, daß Carnot wieder vollkommen gesund sei. All dies wäre nicht beachtet worden, wenn nicht auch die Deputation, die den General auf dem Bahnhof empfangen sollte, ebenso wie der Ball, der ihm zu Ehren beim Marineminister stattfinden sollte, abbestellt worden wären und man dem General zu gutelicht nicht gar noch den Rath erteilt hätte, sich zu seiner Erholung für einen Monat nach Bordeaux zu begeben. All dies trug nur dazu bei, die Bevölkerung in dem Glauben zu befestigen, daß die Regierung fürchte, in General Dods einen neuen Boulanger ersten zu sehen. Zu dieser Befürchtung war aber nicht die geringste Veranlassung vorhanden, denn General Dods ist weder ein Mann, der für diese Rolle geeignet wäre, noch geklärt ihn nach einer solchen. Man sieht aus all dem nur, wie schwach sich die Regierung fühlt und wie sehr der „Temps“ im Rechte war, wenn er dieser Tage „bemerkte“, es könne keine Regierung in Frankreich geben, die den Krieg so sehr fürchten müßte, wie die gegenwärtige, für welche ein Krieg in jedem Falle für Ende bedeuten würde; denn unterläge Frankreich, so bräche die Kommune aus, und schlage die gegenwärtigen Regierungsmänner zu einem Brei zusammen, daß keine Spur von ihnen bliebe; siegte aber Frankreich, so unterläge es keinem Zweifel, daß die Gewalt in die Hände des siegreichen Generals fiel. Noch nie hat ein Blatt den Gedanken, der von aller Welt geteilt wird, so klar ausgesprochen. Die Angst vor dem Besieger Behanzins hat die Ausrückung des „Temps“ drastisch illustriert. Die Art, wie sie im Publikum belächelt wird, hat aber die Regierung ebenfalls mehr geschädigt, als die chauvinistischen Dotationen, die man dem General Dods dargebracht hat, und die im Grunde sehr harmlos waren. Wenn sich wirklich nach Analogie des Boulangerismus eine Art Dodsismus herausgebildet hätte, so hätte die Schuld nur die Regierung und deren lächerliche Maßnahmen getroffen, mit welchen sie ohne triftigen Grund den Kungeheungen entgegenzuwirken suchte, so daß es ihr bald gelungen wäre, den General in den Schein eines Märtyrers zu bringen.

## Italien.

Rom, 23. Mai. Deputirtenkammer. Bei der Beratung des auswärtigen Budgets erklärte der Minister Brin, die Sicherheit in der europäischen Kolonie könne nicht größer sein, als sie gegenwärtig ist; auch die materielle Lage der Kolonie habe sich gebessert. Die Regierung habe ein Interesse, gute Beziehungen zu Menelik herzustellen. Menelik habe direkt mit anderen Mächten verhandelt; allein die befreundeten Mächte hätten die italienischen Interpretation des Artikels 18 des Vertrages von Ucciali angefochten. Der Minister Brin drückte alsdann die Ueberzeugung aus, daß die Grenzverhandlungen mit England zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden, die Unterhandlungen mit Frankreich seien noch nicht sehr weit vorgeschritten.

Rom, 23. Mai. Deputirtenkammer. Im Fortzuge der Sitzung wurde eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung Unione's angenommen, nach welcher die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Ueberkunft vom 12. Juli 1892 mit dem Sultan von Sanibar definitiv für gültig erklärt wird. Hierauf wurde das auswärtige Budget in geheimer Abstimmung mit 171 gegen 82 Stimmen angenommen.

## Spanien und Portugal.

Die in Madrid erscheinende Zeitung „Liberal“ hatte kürzlich gemeldet, daß die deutsch-spanischen Handels-Vertrags-Verhandlungen unmittelbar vor ihrem Abschlus stünden und die Abmachungen in mehr als 150 Tarifpositionen Zugeständnisse an Deutschland enthielten. Die Meldung des „Liberal“ war aus dem Pariser „Temps“ geschöpft und in diesen vermutlich von der französischen Regierung lancirt worden, bei der man jedenfalls kein besonderes Interesse voraussetzen darf, die deutsch-spanischen Verhandlungen zu fördern. Es handelte sich allem Anschein nach bei



Athen, 24. Mai. Gestern Abend fand ein heftiger Erdstoß statt, viele Gebäude beschädigt.